

Entschließungsantrag

der CDU-Fraktion

zum Gesetz zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften Drucksache 5/7923

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag Brandenburg spricht sich für eine gleichberechtigte Stellung der freien Mitarbeiter (arbeitnehmerähnliche Personen) bei der betrieblichen Mitbestimmung im Rundfunk Berlin-Brandenburg aus. Freie Mitarbeiter sollen, wie ihre fest angestellten Kollegen, das aktive und passive Wahlrecht zum Personalrat erhalten und dort alle Rechte der betrieblichen Mitbestimmung wahrnehmen können.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, sich in Form einer Protokollnotiz zum rbb-Staatsvertrag dafür auszusprechen, dass das Land Brandenburg künftig eine Gleichberechtigung der freien Mitarbeiter im Personalrat des rbb anstrebt.

Weiterhin soll die Landesregierung dem Hauptausschuss des Landtages bis zum 31. März 2014 Vorschläge für eine rechtsverbindliche Regelung vorlegen, wie das Ziel, den freien Mitarbeitern des rbb eine gleichberechtigte Stellung im Personalrat zu verschaffen, umgesetzt werden kann.

Dieter Dombrowski
CDU-Fraktion